



# uni-info

extra

29.4.76

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT  
OLDENBURG · 29 OLDENBURG · POSTFACH 943 · TEL.: 5 1064 · REDAKTION:  
GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH),  
MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG  
DES VERFASSERS WIEDER · NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE -  
NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION ·  
(DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN  
EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN  
CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

## »Diese Universität ist keine Universität mehr«

### Erklärung des Rektors zum Kabinettsbeschuß vom 27. April 1976 zum Hochschulausbau

Am heutigen Morgen sind in den Medien Informationen über die Kabinettsitzung der Niedersächsischen Landesregierung vom 27. April 1976 verbreitet worden, die darauf hinweisen, daß unter anderem auch die Universität Oldenburg quasi mit einem Ausbaustopp rechnen muß. Daraufhin hat der Rektor der Hochschule, Professor Dr. Rainer Krüger, eine Pressekonferenz gegeben und prophezeit, daß die Universität Oldenburg unter diesen Umständen das Prädikat Universität nicht mehr für sich in Anspruch nehmen könne. Gleichzeitig gab er vor der Personalversammlung, die heute morgen in der Aula stattfand, eine Erklärung ab, die einstimmig von den Dienstleistern der Hochschule gebilligt wurde. Die Pressestelle druckt sie nachfolgend im Wortlaut ab:

1. Die Niedersächsische Landesregierung hat auf ihrer Kabinettsitzung vom 27.4.76 beschlossen: Derzeit werden keine Neubaumaßnahmen zum 6. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz angemeldet.

2. Dem Niedersächsischen Wissenschaftsminister soll aufgetragen worden sein, bis zur Höhe von 550 Millionen DM Vorschläge für Neubaumaßnahmen im Hochschulausbau für ganz Niedersachsen zu erarbeiten.

Hierzu stellt der Rektor der Universität Oldenburg fest:

1. Der Hochschulausbau in Niedersachsen bricht zusammen. Die Reduzierung der mittelfristigen Finanzmittel auf 550 Millionen DM wird schätzungsweise nur noch ein Drittel aller vorgesehenen Baumaßnahmen in Niedersachsen zulassen. Wissenschaftsminister Remmers, der für wesentlich höhere Mittelansät-

ze für den Hochschulausbau plädiert hat, ist im Kabinett dem Diktat des Finanzministers unterlegen.

Die Nichtanmeldung von Neubaumaßnahmen zum 6. Rahmenplan läßt befürchten, daß erstmals in der Geschichte der Rahmenplananmeldungen das mit Studienplätzen unterversorgte Bundesland Niedersachsen die Chance vergibt, sich die 50 prozentige Mitfinanzierung des Bundes im Hochschulausbau zu sichern.

2. Die Auswirkung der Nichtanmeldung von Neubaumaßnahmen für die Neugründung Oldenburg bedeutet den Abbruch des Hochschulausbaus für unsere Universität. Von nun an wird man nicht mehr von dem Ausbau der Universität Oldenburg sprechen können, denn eine Universitätsgründung ohne die notwendigen Ausbaumaßnahmen ist keine Universität mehr!

- eine Universität Oldenburg ohne neue naturwissenschaftliche Gebäude und Einrichtungen verdient nicht mehr das Prädikat, "Universität" genannt zu werden.

- eine Universität Oldenburg ohne eine Zentralbibliothek verdient nicht mehr das Prädikat, "Universität" genannt zu werden.

- eine Universität Oldenburg ohne Zentralmensa verdient nicht mehr das Prädikat, "Universität" genannt zu werden.

- eine Universität Oldenburg ohne den Ausbau der Sportanlagen verdient nicht mehr das Prädikat, "Universität" genannt zu werden.

3. Die Niedersächsischen Landesregierungen haben der Bevölkerung des Nordwestraumes eine Universität und ihren Ausbau versprochen. Die Niedersächsischen Landesregierungen haben den Studienbetrieb an unserer Hochschule gewollt und zugelassen.

- Die Niedersächsische Landesregierung kann beim Abbruch des Hochschulausbaus in Oldenburg dieses Versprechen nicht einhalten.

- Die Angehörigen der Universität Oldenburg können unter dieser Perspektive nicht länger die Verantwortung für Forschung, Lehre und Studium tragen.

- Die Niedersächsische Landesregierung ist allein für diese Folgen ihrer negativen Ausbauentcheidung verantwortlich zu machen.

Fortsetzung auf Seite 2

4. Die Kabinettsentscheidung der Niedersächsischen Landesregierung bedeutet nicht nur bildungspolitisch die Bankrotterklärung des Hochschulausbaus in Niedersachsen und verschärft für die Universitätsneugründungen Oldenburg und Osnabrück. Sie stellt gleichzeitig eine strukturpolitische Fehlentscheidung hohen Ausmaßes für den Nordwestraum dar.

Der geplante Endausbau allein der Universität Oldenburg hätte dem wirtschaftsschwachen Nordwestraum und der Stadt Oldenburg 2.000 bis 3.000 qualifizierte Arbeitsplätze gebracht. Es ist unerklärlich, wie der Niedersächsische Ministerpräsident Albrecht und seine Regierung angesichts der andauernden Beschäftigungskrise diese hervorragende Investitionsmöglichkeit

zur Schaffung neuer Arbeitsplätze unberücksichtigt lassen konnte.

5. Ich bin verpflichtet, hier und heute die Universitätsangehörigen und die Bevölkerung von Stadt und Land auf die Konsequenzen des Baustopps für die Universität Oldenburg hinzuweisen. Es muß jetzt den Hochschulangehörigen in gemeinsamem Kampf mit der Bevölkerung gelingen, sich mit aller Entschiedenheit gegen den Beschluß der Landesregierung zur Wehr zu setzen.

Ich fordere

- weg mit dem Ausbaustopp für die Universität in Oldenburg
- sofortige Neuberatung der Rahmenplan

anmeldung im Landeskabinett und Ausschöpfung der über die Hochschulbaugesellschaft finanzierbaren Mittel in mindestens dreifacher Höhe der jetzigen 550 Millionen für Niedersachsen

- sofortige Anmeldung der bislang vorgesehenen Neubaumaßnahmen für die Universität Oldenburg zum 6. Rahmenplan

- unverzüglicher Baubeginn für die Zentralbibliothek und Sicherung der Finanzierung für Mensa, naturwissenschaftliche Bauten und die Sportanlagen durch Vorlage und Verabschiedung eines zweiten HBG-Vertrages durch die Niedersächsische Landesregierung und den Niedersächsischen Landtag.

R. Krüger